UiD
CDU-Informationsdienst
Union in Deutschland
Bonn, den 30. Januar 1997
3/1997

Ziel der Steuer- und Rentenreform:

Mehr Arbeitsplätze

In der vergangenen Woche haben wir die größte Steuerreform in der deutschen Wirtschaftsgeschichte beschlossen. Diese Reform hat ein großes Ziel: die Stärkung der wirtschaftlichen Dynamik, damit wir wieder mehr Arbeitsplätze in Deutschland bekommen.

Niedriger – einfacher – gerechter, das sind die Grundsätze, auf denen diese epochale Reform aufgebaut wird.

● Niedriger: Wir werden den Eingangssteuersatz von heute 25,9 Prozent auf zukünftig 15 Prozent und den Spitzensteuersatz von heute 53 Prozent auf zukünftig 39 Prozent absenken. Für jeden Steuerzahler wird der Steuersatz niedriger. Eine breite Entlastung bei voller Beibehaltung der Familienförderung.

Generalsekretär Peter Hintze erläutert die Grundzüge der Reform

● Einfacher: Wir lassen zahlreiche Ausnahmen und Sonderregelungen im Steuerrecht weg. Wir werden das mittlerweile total ausgeuferte Einkommensteuergesetz ins Archiv legen. An seine Stelle wird ein neues, klares und übersichtliches Gesetz treten.

● Gerechter: Grundsätzlich wird bei gleicher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit auch jeder die gleichen Steuern zahlen. Die Möglichkeiten zur Steuervermeidung werden konsequent begrenzt. Dafür werden die Steuersätze gesenkt. Den Vorteil hat gerade der kleine Steuerzahler, der nicht mit Steuersparmodellen jonglieren kann.

HEUTE AKTUELL

● **Steuerreform**
Generalsekretär Peter Hintze antwortet auf die Kritik der SPD.
Seite 2

Wirtschaftsfachleute: Alle Steuerzahler profitieren von der Steuerreform.
Seite 3

● **Ludwig Erhard**
Peter Hintze erinnert an den Begründer der Sozialen Marktwirtschaft.
Seite 5

● **Öffentlichkeitsarbeit**
Wandzeitung „Steuerreform und Rentenreform" = mehr Arbeitsplätze.
Seite 16

● **Dokumentation**
Die Vorschläge zur Steuerreform im Wortlaut. Dazu Infofax-Texte der CDU-Bundesgeschäftsstelle.
Grüner Teil

● **UiD-Extra**
Die Vorschläge der Kommission „Fortentwicklung der Rentenversicherung" im Wortlaut.
Weißer Teil

CDU-Generalsekretär Peter Hintze zur Rentenreformkritik von Rudolf Scharping

Die Angriffe von SPD-Fraktionschef Rudolf Scharping gegen die notwendige Rentenreform machen deutlich, daß der SPD jede soziale Sensibilität abhanden gekommen ist.

1. Der Generationenvertrag kann nur halten, wenn ein fairer Belastungsausgleich zwischen Arbeitnehmern und Rentnern gefunden wird.

2. Die über drei Jahrzehnte schrittweise gestreckte Rückführung des Rentenniveaus um insgesamt sechs Prozent verhindert Beitragssteigerungen und sichert zugleich den vollen Anteil der Rentnerinnen und Rentner an der Wohlstandsentwicklung.

3. Eine maßvolle Besteuerung für Höchstrenten, die bei einem Rentnerehepaar erst Beträge von über 62 549 DM betrifft, ist ein Beitrag zur Generationengerechtigkeit, den man unter sozialen Gesichtspunkten nicht kritisieren kann.

Wie bei allen großen Reformwerken in Deutschland sagen die Sozialdemokraten „Nein".

Ich fordere sie auf, endlich einmal „Ja" zu einer guten Sache zu sagen.

Fortsetzung von Seite 1

Ganz wichtig ist für mich auch die soziale Komponente in der Steuerreform. Die niedrige Eingangsstufe im neuen Steuertarif von 15 Prozent sorgt dafür, daß der bisher Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger beim Wiedereinstieg in das Berufsleben trotz eines dann möglicherweise nur kleinen Einkommens mehr hat als zuvor. Der gebotene Abstand zwischen Sozialeinkommen oder Lohnersatzleistung einerseits und Arbeitseinkommen andererseits wird mit dieser Reform besser als bisher gewahrt.

In unserer Partei gibt es gewichtige Stimmen, die die große Steuerreform in einen engen Zusammenhang stellen zur Reform der Rente. Norbert Blüm hat das angemahnt. Ich sage heute für die CDU Deutschlands: Wir werden sehr schnell das Konzept für die Zukunftssicherung der Rente vorlegen und den von Norbert Blüm gewünschten Zusammenhang zwischen Steuersystem und Rentensystem herstellen.

Die ersten Reaktionen der Sozialdemokraten auf das neue Steuerreformkonzept waren leider typisch. Sie haben Einspruch erhoben, ohne sich überhaupt ein einziges Mal mit dem großen Reformkonzept befaßt zu haben. Ich sage in allem Ernst: Es geht hier nicht um ein parteipolitisches Scharmützel, es geht um Wachstum und Beschäftigung in Deutschland!

Ich fordere daher die deutsche Sozialdemokratie und ihren Vorsitzenden Oskar Lafontaine dazu auf, daß die SPD-geführten Länder an der Großen Steuerreform konstruktiv im Bundesrat mitwirken. Lassen Sie das ständige „Nein-Sagen", sagen Sie doch einmal „Ja" zu einer guten Sache!

Wirtschaftsfachleute zur Steuerreform

DIHT-Präsident STIHL: Jeder Steuerzahler profitiert von Entlastungen

Das Absenken der Steuersätze durch die Steuerreform und das mögliche Streichen von bisher gewährten Vergünstigungen ermöglicht nach Ansicht von DIHT-Präsident Hans Peter Stihl eine Entlastung aller Steuerzahler. Im Endeffekt werde jeder davon profitieren, sagte der Chef des Deutschen Industrie- und Handelstages am 24. Januar 1997 im Südwestfunk. Nach seiner Meinung wird dies auch zu einer Belebung der Binnennachfrage führen, denn die Nettoentlastung von 30 Milliarden Mark „muß ja irgendwo ankommen" Durch die Steuerreform werde finanzpolitisches Vertrauen zurückgewonnen, vor allem bei ausländischen Investoren, fügte der DIHT-Präsident hinzu. Die Erwartung der niedrigeren Steuersätze könne zusammen mit den günstigeren konjunkturellen Prognosen das Jahr 1997 zu einem psychologischen Wendepunkt werden lassen.

DIETER HUNDT, Präsident des Bundesverbandes der deutschen Arbeitgeberverbände, äußerte sich am 26. Januar 1997 im Hessischen Rundfunk:

Nach allem mir bisher Bekannten ist diese Steuerreform ein ganz wichtiger Schritt in die richtige Richtung, und zwar aufgrund von zwei Elementen. Zum einen wird eine deutliche Steuerentlastung im Volumen erreicht, insbesondere auch für die Unternehmen, und zum zweiten wird mit der Begrenzung des Steuersatzes für gewerbliche Einkünfte bzw. der Körperschaftsteuer auf 35 Prozent in der Tat ein wichtiges Signal an ausländische Interessenten gegeben, auf einem Sektor, auf dem wir in der Vergangenheit gegenüber anderen Ländern deutliche Nachteile hatten.

IWH-Chef POHL begrüßt Entwurf der Steuerreform

Der Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Rüdiger Pohl, hat den Entwurf für die 1999 geplante große Steuerreform begrüßt. In „MDR 1 Radio Sachsen" sagte Pohl am 23. Januar 1997, angesichts von 30 Milliarden Mark Netto-Entlastungen für die Bürger sei der Wegfall vieler Steuervergünstigungen hinnehmbar. Die Finanzierung der Steuerreform über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer bezeichnete Pohl als „sinnvoll" Zugleich empfahl der Wirtschaftsforscher, einen Teil der daraus erzielten Mehreinnahmen zur Senkung der Lohnnebenkosten zu verwenden. Dies werde den Wirtschaftsstandort Deutschland stärken und den Arbeitsmarkt beleben.

Prof. Dr. ROLF PEFFEKOVEN, Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, sagte am 26. Januar in 3SAT:

Wir haben jetzt eine Steuersenkung. Ich halte 30 Milliarden für einen großen Betrag, unter den Budgetbedingungen in Deutschland meines Erachtens sogar das Maximum, was zu erreichen war. Wir haben eine Senkung der Grenzsteuersätze, und zwar über den gesamten Bereich des Tarifes. Das heißt für sich gesehen, jeder hat zunächst einmal eine Steuersenkung. In der Masse macht das 80 Milliarden aus. Die kann kein Haushalt verkraften. Wir brauchen Gegenfinanzierung. Das was jetzt auf dem Tisch liegt, ist der

Vorwürfe gegen Frau Lengsfeld entbehren jeder Grundlage

Die Vorwürfe des Magazins „Stern" gegenüber der Bundestagsabgeordneten Vera Lengsfeld entbehren der sachlichen Grundlage, erklärt der 1. Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Joachim Hörster:

Ihre frühere Mitarbeiterin Heidemarie Freyberg hat für die aus der Mitarbeiterpauschale gezahlten 3 000 DM ausschließlich Büroarbeiten für sie erledigt. Das ergibt sich aus den entsprechenden Unterlagen und ist von Frau Freyberg auch stets bestätigt worden. Daß das Büro sich in Frau Lengsfelds Haus befand, ändert daran nichts.

Frau Freyberg hat – soweit das bei Abwesenheit von Frau Lengsfeld als alleinerziehende Mutter aus ihrem Heimatort zusätzlich erforderlich wurde – sich auch um die (ganztags schulpflichtigen) Kinder gekümmert. Für diese familiären Betreuungsarbeiten hat Frau Lengsfeld sie aus eigener Tasche bezahlt.

Die zuständigen Gremien der Fraktion der Grünen haben bereits vor einem Jahr entsprechende Vorwürfe gegen Frau Lengsfeld in dieser Sache geprüft und sich ausdrücklich ihre Position zu eigen gemacht. Ein gerichtlicher Vergleich zwischen Frau Freyberg und Frau Lengsfeld ist danach vom Grünen-Fraktionsgeschäftsführer Lukas Beckmann ausgehandelt worden.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat keinen Anlaß für Zweifel am ordnungsgemäßen Verhalten von Frau Lengsfeld.

Zitat

Es soll mal erst jemand einen anderen Entwurf vorlegen in der Größenordnung, der die kleinen Einkommen ganz wesentlich positiv beeinflußt und der insgesamt auch – und das ist das Wichtigste – unser Land wieder international konkurrenzfähig macht.

Bundeskanzler Helmut Kohl

Fortsetzung von Seite 3

Reformentwurf der Kommission, nicht das Gesetz. Wenn ich aber heute abend wüßte, dieses wird 1999 Gesetz, dann würde ich sagen, das ist ein großer Erfolg.

Wenn die Steuerreform jetzt klappt, dann gehen wir davon aus, daß es zu einer Anregung der wirtschaftlichen Aktivitäten kommt. Es wird mehr investiert. Die niedrigen Einkommen haben ja auch mehr verfügbares Einkommen. Es wird mehr Konsum geben. Wenn diese Rechnung aufgeht, dann hätten wir mehr Beschäftigung, mehr Einkommen, mehr Steuereinnahmen. (Deshalb könnte man auch sagen, man rechnet mit einem Selbstfinanzierungseffekt der Steuerreform.) Denn wenn die Logik richtig ist, daß es zu mehr Beschäftigung kommt, dann muß es auch zu mehr Steueraufkommen kommen. Ich habe immer davor gewarnt, diesen Effekt mit anzusetzen. Aber warten wir einmal ab, ob er kommt.

Worte des Gedenkens zum 100. Geburtstag

Ludwig Erhard – Begründer der Sozialen Marktwirtschaft

1. Wir erinnern uns dankbar an Ludwig Erhard, den Vater der Sozialen Marktwirtschaft. Er hat mit der Sozialen Marktwirtschaft unserem Land eine wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ordnung gegeben, die soziale Sicherheit, Stabilität und Wohlstand ermöglichte. Er war das menschliche Symbol der Sozialen Marktwirtschaft, die er mit schöpferischer Phantasie, mit Sachverstand und Beharrlichkeit durchsetzte. Sein Name steht für eine menschliche Ordnung, die vom christlichen Verständnis vom Menschen her entwickelt wurde.

2. Wir erinnern uns dankbar an Ludwig Erhard, der in den unendlich schwierigen Aufbaujahren mit seinem unverwüstlichen Optimismus eine Atmosphäre der Ermutigung schuf – eine Atmosphäre, in der sich die schöpferischen Kräfte frei und zuversichtlich entfalten konnten. Er war ein Meister der politischen Psychologie, der seine innere Sicherheit auf andere übertragen konnte. Er hat erlebt, was wenigen Politikern vergönnt ist: Millionen Menschen haben gespürt, daß seine Politik ihnen galt und ihnen ganz unmittelbar persönlich zugute kam. Sie vertrauten ihm, weil sie in ihm das erkannten, was er vor allem anderen war: ein leidenschaftlicher, mutiger und ehrlicher Vorkämpfer für eine humane und freiheitliche Ordnung; sie merkten rasch, daß hier ein Mann Politik nicht um der Macht willen machte, sondern um einer Idee willen, der er diente.

3. Wir erinnern uns dankbar an Ludwig Erhard, den erfolgreichsten Wirtschaftspolitiker der deutschen Geschichte, der keinen Fußbreit von seiner Überzeugung abwich, daß die Wirtschaft nicht zum Selbstzweck werden darf, sondern den Menschen zu dienen hat. Und deshalb wollte er diese Wirtschaft so geordnet und in die Gesellschaft eingefügt wissen, daß persönliche Freiheit und Selbstverantwortung in Solidarität mit dem Nächsten und in Übereinstimmung mit dem Gemeinwohl gelebt werden können. Für diese unumstößliche Überzeugung konnte der gutherzige Idealist in der politischen Auseinandersetzung allerdings auch verblüffende Streitlust an den Tag legen. Er war ein Mann von unerschütterlicher Grundsatztreue, und seine Politik hatte moralische Qualität – auch darin lagen sein Erfolg und sein Ansehen bei den Bürgern begründet.

Von Generalsekretär Peter Hintze

4. Wir erinnern uns dankbar an Ludwig Erhard, den Mahner und Warner vor maßlosem Anspruchsdenken und materiellem Erfolgsdruck. Er sah die kommenden Grenzen des Wachstums, lange bevor uns Wissenschaftler auf die Gefahren eines ungehemmten Fortschritts hinwiesen. Immer wieder hat er davor gewarnt, über die Verhältnisse zu leben. Der Vater des „Wirtschaftswunders“ hatte eben auch ein untrügliches Gespür für die ökonomischen Untiefen hinter der glänzenden Fassade des scheinbar grenzenlosen materiellen Fortschritts. Sein Mahnruf, Maß zu halten, bleibt über seine Zeit hinaus aktuell.

Gesetzliche Regelung zum Abhören von Wohnungen überfällig

Zur jüngsten Entscheidung des Bundesgerichtshofs zum Abhören von Wohnungen erklärt der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Geis:

Der Bundesgerichtshof hat in einem Verfahren gegen mutmaßliche PKK-Terroristen entschieden, daß die Protokolle einer Abhörmaßnahme in einem Vereinsheim nicht verwertbar seien, weil es an einer gesetzlichen Grundlage für das Abhören in Wohnungen fehle. Diese Entscheidung zeigt, daß dringend eine gesetzliche Regelung geschaffen werden muß.

Straftäter, die in ihren Versammlungsräumen schwerste Verbrechen aushecken und terroristische Vereinigungen bilden, können gegenwärtig nicht durch Abhörmaßnahmen überführt werden, weil Büro- und Vereinsräume den Schutz von Wohnungen nach Art. 13 des Grundgesetzes genießen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird daher in den Verhandlungen mit der SPD auf eine beschleunigte Einigung drängen. Schwerkriminelle dürfen sich weder in Hinterzimmern zwielichtiger Kneipen, Geschäfts- und Vereinsräumen noch in ihrer eigenen Wohnung sicher fühlen!

5. Wir erinnern uns dankbar an Ludwig Erhard, den deutschen Patrioten, der die Verpflichtung zur Überwindung der Teilung unseres Vaterlandes ernst genommen hat. In seiner letzten Bundestagsrede hat er sich noch einmal nachdrücklich zur „Verantwortung für das ganze Deutschland und für das Zusammenleben aller Deutschen" bekannt, die uns „das Grundgesetz und unser Gewissen" auferlegen. Als wichtigster Weggenosse Konrad Adenauers hatte er entscheidenden Anteil an der Wiedereingliederung Deutschlands in die Gemeinschaft der freien Völker.

6. Wir erinnern uns schließlich dankbar an Ludwig Erhard, den Ehrenvorsitzenden der CDU Deutschlands, der unserer Sache treu gedient hat und ohne dessen Wirken Programm und Politik der CDU undenkbar gewesen wären. Er wußte – bei aller Neigung zu überparteilicher Verbindlichkeit – sehr wohl, daß er zur ungeschmälerten Verwirklichung des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft die politische Basis einer Volkspartei benötigte. So hat ihm die CDU den notwendigen Rückhalt gegeben, und er hat im Gegenzug als Wahlkämpfer entscheidend zum Wahlsieg von 1949 und zu allen späteren Wahlsiegen der Union bis 1965 beigetragen. Zu Recht konnte er auf dem 1. Bundesparteitag der CDU Deutschlands am 22. Oktober 1950 feststellen: „Wir, unsere Christlich Demokratische Union, sind es gewesen, die in einer fast ausweg- und hoffnungslosen Situation den Mut zur Verantwortung aufgebracht und dem deutschen Volk die Existenzgrundlage zurückgegeben haben."

Ludwig Erhard hat daran seinen unvergänglichen Anteil. Seine Ideen und sein Wirken sind für uns Erbe und Auftrag.

SPD will eine drogenakzeptierende Gesellschaft

Die Sozialdemokraten haben sich nun endgültig vom Grundkonsens des Nationalen Rauschgiftbekämpfungsplanes verabschiedet – nicht anders ist ihr am 11. Dezember 1996 in den Deutschen Bundestag eingebrachter „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Verkehr mit Betäubungsmitteln" zu werten.

Die Forderungen der Sozialdemokraten sind hanebüchen:

- Straffreiheit des Konsums aller illegalen Drogen, nicht nur Haschisch, sondern auch der todbringenden Drogen Ecstasy, Kokain und Heroin
- Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige
- Kompetenzeingrenzung des für die Genehmigung solcher Projekte zuständigen Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte
- Genehmigung der Einrichtung von Fixerstuben
- Festlegung der „geringen Menge" auf eine Wochenration
- Einstellung der Ermittlungsverfahren bei „kleineren Beschaffungsdeals, die nicht mit dem organisierten illegalen Betäubungsmittelhandel in Verbindung stehen".

Von Roland Sauer, MdB, Leiter des Gesprächskreises Drogen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Weitere Punkte des Gesetzentwurfes rücken vom Abstinenzgedanken ab und geben das verhängnisvolle Signal: Drogenkonsum muß akzeptiert werden.

Alle Bemühungen um Prävention mit dem Ziel, junge Menschen für ein Leben ohne Drogen zu gewinnen, werden durch diesen verantwortungslosen SPD-Vorschlag konterkariert.

Lehrerverband warnt vor Freigabe „harter" Drogen

Vor der Freigabe „harter" Drogen wie Heroin und Kokain hat der Deutsche Lehrerverband gewarnt. Entsprechende Vorschläge aus der SPD seien eine „Kampfansage" an Eltern und Lehrer, die sich bemühten, Jugendliche von Drogen fernzuhalten, sagte der Präsident der Organisation, Josef Kraus. Die SPD berücksichtige allein die Perspektive der Drogenabhängigen, nicht jedoch die Sicht von 98 Prozent drogenfreier Menschen. Vor allem junge Menschen würden dadurch einer „staatlich abgesegneten Drogenverführung" ausgesetzt. Mit der Zulassung einer Wochendosis würde Drogenhändlern ein Freibrief ausgestellt, um Heranwachsende in die Abhängigkeit zu locken.

Wegfahrsperre hat sich bewährt

Die elektronische Wegfahrsperre in Pkw hat sich voll bewährt. Dies zeigen die Zahlen der entwendeten Wagen, die in 1996 gegenüber dem Vorjahr um fast 15 Prozent zurückgegangen sind. Der seit Anfang 1995 für alle Neufahrzeuge vorgeschriebene serienmäßige Einbau einer Wegfahrsicherung hat damit deutlich zur Erhöhung der Sicherheit vor Diebstahl beigetragen.

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer (Hamburg), begrüßt die Pläne der Bundesregierung, als weiteren Schritt zur Abschreckung sowohl von Gelegenheitstätern als auch organisierten Profis den fälschungssicheren Kfz-Schein einzuführen, um den Verkauf gestohlener Autos zu erschweren.

Fortsetzung von Seite 7

Die Sozialdemokraten verdrängen dabei völlig, daß die Liberalisierung der Drogenpolitik in Schweden und Großbritannien erfolglos waren. Schweden hat das Ruder seitdem völlig herumgeworfen und verfolgt nun mit großem Erfolg eine strikt auf Abstinenz ausgerichtete Drogenpolitik.

CDU/CSU-Bundestagsfraktion macht die Kapitulation vor den Drogen nicht mit

Indem die SPD die Kompetenzen des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte beschneiden will, gibt sie eine einheitliche deutsche Drogenpolitik auf. Durch den Gummiparagraphen, nach dem bei „öffentlichem Interesse" eines Lnades die Genehmigung für Drogenabgabeprojekte erteilt werden solle, würde es zu sechzehn verschiedenen Drogenpolitiken in den sechzehn Bundesländern kommen. Ein Drogentourismus innerhalb der deutschen Länder wäre die Folge.

Fixerstuben haben keinen signifikanten Einfluß auf die Zahl der Drogenkonsumenten und Drogentoten, belassen den Anhängigen aber in der Perspektivlosigkeit seiner Sucht.

Die geplante Festlegung der „geringen Menge" auf einen „gewöhnlichen Wochenverbrauch" würde zur Folge haben, daß Drogen-Konsumenten straffrei größere Mengen ihres Stoffes mit sich führen und konsumieren dürften. Dies wären beispielsweise bei Haschisch 50 Gramm.

Die Einstellung der Ermittlungsverfahren bei „kleineren Beschaffungsdeals, die nicht mit dem organisierten illegalen Betäubungsmittelhandel in Verbindung stehen„ bedeutet einen Freibrief für diesen „Ameisenhandel„ der Klein- und Kleinstdealer. Gerade dieser Kleinhandel ist aber die unterste Ebene des Organisierten Verbrechens.

Der Gesetzentwurf ist eine Niederlage für die besonnenen Stimmen innerhalb der SPD-Fraktion. Durchgesetzt haben sich die Befürworter einer drogenakzeptierenden Politik. Seine Verabschiedung würde zu einer allgemeinen Drogenakzeptanz führen und Deutschland neben den Niederlanden zum Drogen-Mekka machen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion lehnt diesen Gesetzentwurf entschieden ab. ■

Eine Stadt für die Menschen

Zukunftsforum Großstadt der CDU in Frankfurt

Knapp 700 Teilnehmer, darunter Vertreter aus den kommunalen Parlamenten, aus Landtagen und dem Deutschen Bundestag sowie Experten für Wohnungsbau, Stadtplanung, Kulturförderung, Sicherheit und Ausländerpolitik kamen am 23. Januar 1997 in die Alte Oper nach Frankfurt, um über die Zukunft der Großstadt zu diskutieren.

Wie bereits mit den Kongressen des vergangenen Jahres, setzte die CDU mit dieser Veranstaltung die auf dem Karlsruher Parteitag 1995 begonnene Diskussion zentraler Zukunftsthemen fort.

Horst Waffenschmidt, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium und Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU, betonte in seiner Einführung zu dem Forum die Bedeutung der politischen Arbeit für die Menschen in den Städten. Nur die Partei, die sich in der Kommunalpolitik bewähre, könne auch in den Ländern und im Bund erfolgreich sein.

In den Großstädten müsse wieder das Bewußtsein und das Verständnis für das freiwillige Engagement der Menschen geschärft werden, forderte Roland Koch, der

Auf dem Podium diskutierten unter Leitung der Parl. Staatssekretärin Christa Thoben (Mitte) Prof. Udo Müller (Präsident des Landesrechnungshofes Hessen), Oberbürgermeisterin Otti Geschka (Rüsselsheim), Roland Koch MdL (Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion Hessen), Oberbürgermeister Prof. Dr. Gerhard Seiler (Karlsruhe; Präsident des Deutschen Städtetages), Oberbürgermeister Dr. Klaus Rauen (Halle a. d. Saale) und Winrich Granitzka (Leitender Polizeidirektor der Stadt Köln) (v. l. n. r.)

Stufenweise Bahnpreiserhöhung in den neuen Bundesländern

Die Deutsche Bahn AG will ihre ursprünglich für dieses Jahr geplante Angleichung der Tarife im ostdeutschen Bahnnetz an das Westniveau nunmehr doch bis 1999 strecken. Dies wird im Interesse der Bahnkunden in den neuen Bundesländern nachdrücklich begrüßt. Statt einer Anhebung um 12,4 Prozent werden die Fahrpreise in diesem Jahr lediglich um 4,85 Prozent steigen. Wichtig ist, daß sie damit für Pendler in erträglichem Maß bleiben. Viele wären sonst sicher auf das Auto umgestiegen; dies wäre aber eine Entwicklung, die nicht im Interesse einer umweltbewußten Verkehrspolitik ist.

Fortsetzung von Seite 9

Fraktionsvorsitzende der CDU im Hessischen Landtag, der anstelle des erkrankten Bundesinnenministers Manfred Kanther das erste Grundsatzreferat des Forums hielt. Roland Koch stellte dabei sein Modell einer „aktiven Bürgergesellschaft" vor.

Bundesbauminister Klaus Töpfer betonte, es sei Aufgabe der Politik, regional identitätsstiftend zu wirken. Im Kampf gegen die drohende Verödung der Großstädte müsse mehr Gewicht auf die Verbindung von Wohn- und Arbeitsplatz gelegt werden. Es gehe darum, mehr Menschen in die Städte hineinzubekommen und dem „selektiven Abwanderungsprozeß" entgegenzuwirken.

In zwei Diskussionsrunden mit breitem Expertenkreis aus den alten und den neuen Bundesländern wurden vor allem die Themen Arbeit, Sicherheit und Kulturförderung als identitätsstiftende Faktoren vertieft. Um dem Unsicherheitsgefühl der Menschen zu begegnen, die sich von einer wachsenden Kriminalität bedroht fühlen, müsse neben einer verstärkten Polizeipräsenz nachbarschaftliche Hilfe gefördert werden.

Kulturförderung als Pflichtaufgabe der Kommunen festzuschreiben, forderte Peter Müller, Landesvorsitzender und Fraktionsvorsitzender der CDU Saarland, in einem Streitgespräch mit Prof. August Everding unter Leitung von Dr. Michel Friedmann. Peter Müller kündigte an, daß seine Fraktion einen entsprechenden Antrag im Saarland einbringen werde.

Petra Roth, Oberbürgermeisterin von Frankfurt, faßte die Ergebnisse des Kongresses zusammen und forderte als Schwerpunkte der zukünftigen Großstadtarbeit mehr Sicherheit durch Gefahrenabwehr, eine nachhaltige Wirtschaftsförderung zur Verbesserung der Finanzsituation und zur Schaffung von Arbeitsplätzen sowie verstärkte Kulturförderung zur Steigerung der Lebensqualität und Bindung der Menschen an ihre Stadt.

Zitat

„Rot, Grün und PDS rotten sich zusammen, um die Achse und das Kernstück unserer Republik zu verändern."

Helmut Kohl auf dem Landesparteitag der CDU Hessen in Dieburg

Rot-grüne Blockadepolitik bringt Hessens ins Hintertreffen

Der CDU-Bundesvorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, hat der rot-grünen Landesregierung vorgeworfen, Hessen mit ihrer „Blockadepolitik" ins Hintertreffen geführt zu haben. Bei einer Kundgebung im Anschluß an den Landesparteitag der hessischen CDU in Dieburg im südhessischen Kreis Darmstadt-Dieburg nannte Helmut Kohl die hessischen Kommunalwahlen am 2. März gleichzeitig eine Vorwegnahme der Bundestagswahl 1998 „am Beispiel eines Bundeslandes". Helmut Kohl unterstrich, daß Deutschland auf dem Siegertreppchen der wirtschaftlich erfolgreichsten Länder bleiben müsse. Fiele Deutschlands Wirtschaft im internationalen Vergleich zurück, so hätte dies eine tiefe Depression zur Folge.

Gerade mit Blick auf die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze nannte der Kanzler die Vorschläge der Bonner Koalition zur Steuerreform „einen großen Wurf". Über Details lasse sich streiten, die Oppositionsparteien sollten jedoch erst einmal etwas Vergleichbares vorlegen: „Blockade ist ein bißchen wenig." In seiner häufig von langanhaltendem Beifall unterbrochenen Rede sprach Kohl von den Tugenden und Werten, die man nicht vernachlässigen dürfe, wandte sich gleichzeitig gegen Tendenzen, Steuerhinterziehung, Subventionserschleichung oder Sozialmißbrauch als Kavaliersdelikte anzusehen.

Die Voraussetzungen für die notwendige Veränderung in Deutschland seien gut: Die Infrastruktur hervorragend, die Qualifikation der Arbeitnehmer hoch, das Ausbildungssystem weltspitze, der Mittelstand leistungsfähig, die Inflation niedrig: „Es geht nicht um Abbruch, sondern um Umbau des Sozialstaates. . .

Zu Beginn des Landesparteitages hatte auch der hessische CDU-Vorsitzende, Bundesinnenminister Manfred Kanther, angekündigt, seine Landespartei werde die Bonner Politik und insbesondere die Steuerreform offensiv vertreten. „Mit der CDU packen wir die Zukunft! Nein-Sager stoppen" – mit diesem Slogan ziehen Hessens Christdemokraten nicht nur in die Kommunalwahlauseinandersetzung am 2. März, wie ein roter Faden zog sich dieses Motto auch durch die Rede des hessischen CDU-Chefs: „Lafontaine und Co.", so Kanther, beschränkten sich auf Neinsagen, Neidkampagnen und Diffamierung. Das müsse aufhören, da auch die Opposition demokratische Pflichten wahrzunehmen habe. Kanther rief die Delegierten dazu auf, „mutige Reformer" zu sein und sich nicht von dem „Diffamierungskarussell linker Phrasendrescher" einschüchtern zu lassen: „Wir wollen die Probleme anpacken, wir wollen nicht wegtauchen."

Scharf ging Kanther mit der „miserablen Landespolitik der total immobilen rot-grünen Landesregierung" in Wiesbaden vor Gericht. Vor dem Hintergrund des „Henrichs/Plottnitz-Skandals" um die rechtswidrige Nebentätigkeitsgenehmigung für den 1,34 Millionen-Deal des Frankfurter Oberlandesgerichtspräsidenten griff Kanther insbesondere den dafür verantwortlichen Justizminister von Plottnitz (Grüne) scharf an.

11. Parteitag der CDU Brandenburg

Stolpe in die Opposition schicken

Peter Wagner ist der alte und neue Landesvorsitzende der CDU Brandenburg. Auf dem 11. Landesparteitag in Fürstenwalde/Spree erhielt am vergangenen Wochenende der 50jährige mit 152 Stimmen eine deutliche Mehrheit vor seinem Gegenkandidaten Pohl, der 83 Stimmen auf sich vereinigen konnte. Wagner setzte sich auch mit seinen Personalvorschlägen durch: Der 32jährige Thomas Lunacek wurde neuer Generalsekretär der märkischen Union, zu Wagner-Stellvertretern wurden Siegrid Nau, Rainer Eppelmann, Martin Habermann und Dieter Dombrowski gewählt. Landesschatzmeister wurde Dierk Homeyer.

Unterstützung erhielt das neue Team durch zahlreich erschienene Bundesprominenz. Allen voran CDU-Generalsekretär Peter Hintze, der die Brandenburger CDU zur Geschlossenheit aufrief und ausdrücklich die guten Wünsche des CDU-Bundesvorsitzenden Helmut Kohl überbrachte. Hintze traf besonders den Nerv der Delegierten, als er sich mit den Stasi-Verstrickungen des Brandenburger SPD-Ministerpräsidenten Manfred Stolpe auseinandersetzte. Er sagte unter großem Applaus: „Früher riefen die Menschen in der DDR: Stasi in die Produktion!" Heute muß es heißen „Stolpe in die Opposition!" Er forderte die Brandenburger CDU auf, sich für die Regierungsverantwortung bereit zu halten. Stolpe, so zeigte sich Hintze überzeugt, werde sich nicht mehr lange halten können.

Neben dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, war als Hauptredner Bundesbauminister Klaus Töpfer erschienen. Peter Wagner hatte in seiner einstündigen Rede einen nicht leichten Stand. Es galt, manche Affären zu nennen und zu bewerten und betonte unmißverständlich, die Zeit der Heckenschützen müsse vorbei sein. Er betonte aber auch die zahlreichen Aktivitäten der Brandenburger CDU und nutzte die Gelegenheit, seine Spitzenkandidatur anzukündigen. Wagner wörtlich: „Ich bin kein Übergangskandidat, natürlich will ich Ministerpräsident werden."

Der gescheiterte Justizminister, aber auch die insgesamt kommunalfeindliche rot-grüne Landesregierung dürften in den nächsten Wochen neben der Bundespolitik Offensiv-Themen der hessischen CDU im Kommunalwahlkampf sein. Der 2. März wird dabei ein „Super-Wahltag" sein. Es wählen nämlich nicht nur sechs Millionen Hessen ihre Stadt- und Gemeindevertreter, sondern gleichzeitig werden auch in fünf Kreisen die Landräte direkt gewählt. Außerdem warten politische Beobachter gespannt auf den „Kampf um die Landeshauptstadt", wenn sich CDU-Kandidat Hildebrand Diehl und sein SPD-Pendant Praml im Duell um den OB-Sessel gegenüberstehen.

Personalie

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat MdB Kurt Rossmanith zum Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses nominiert.

Visumspflicht aufgrund von Mißbrauch dringend geboten

Vor dem Hintergrund der Einführung einer Visumspflicht für Minderjährige aus den früheren Anwerbestaaten Marokko, Tunesien, den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien sowie der Türkei hat sich die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung Cornelia Schmalz-Jacobsen (FDP) für eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis für ausländische Kinder in Deutschland ausgesprochen. Hierzu erklärt der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Erwin Marschewski:

Die Streichung des Visumsprivilegs für Kinder aus den Anwerbestaaten, ihre Gleichstellung mit Kindern und Jugendlichen aus anderen Staaten war aufgrund des geübten Mißbrauchs bei der Einreise Minderjähriger dringend geboten.

Die Verhinderung von Mißbrauch bei der Einreise darf jedoch keine materielle Verschlechterung des Aufenthaltsstatus für die bereits lange legal in Deutschland lebenden zum Teil auch hier geborenen Kinder von Eltern aus den Anwerbestaaten haben. Deshalb ist es richtig, daß die Verordnung von Minister Kanther sicherstellt, daß die nach dem bisherigen Recht eingereisten Kinder und Jugendlichen unter 16 Jahren aus den ehemaligen Anwerbestaaten ihren legalen Aufenthaltsstatus nicht verlieren. Sie sind künftig lediglich gezwungen, sich den legalen Aufenthalt durch die Ausländerbehörde bestätigen zu lassen. Die Beschaffung einer entsprechenden Aufenthaltsgenehmigung ist unverzichtbar, damit diese Kinder bei Aus- und Wiedereinreise an der Grenze nachweisen können, daß sie zur Wiedereinreise befugt sind.

Es gilt jedoch deutlich zu machen, daß sich die Verordnung nicht gegen die Kinder und Jugendlichen aus den Anwerbestaaten richtet. Deshalb müssen Bundesregierung und die Länder in einer bundeseinheitlichen Verfahrensweise sicherstellen, daß die erforderlichen Aufenthaltsgenehmigungen so unbürokratisch und zügig wie möglich erteilt werden. Die Genehmigungen sollten soweit als möglich in einem vereinfachten schriftlichen Verfahren kostenlos erteilt werden, damit deutlich wird, daß es keinesfalls darum geht, die lange legal im Bundesgebiet lebenden Ausländer bzw. deren Kinder auszugrenzen.

Ob die von Frau Schmalz-Jacobsen geforderte unbefristete Aufenthaltserlaubnis für diese Kinder den richtigen Weg für ihre Integration darstellt, erscheint mir nicht sicher. Vor dem Hintergrund, daß immer wieder Eltern ihre Kinder in die Heimat zurückgeschickt hatten, um sie vermeintlich schädlichen westlichen Einflüssen durch die Erziehung in Deutschland zu entziehen, spricht vieles dafür, die Aufenthaltsgenehmigung zunächst für 8 Jahre und erst ab dem 16. Lebensjahr unbefristet zu erteilen. So könnte wenigstens ein einziges Mal - in bezug auf die hier Geborenen: im 8. Lebensjahr – geprüft werden, ob diese Kinder in Deutschland leben, ob sie hier zur Schule gehen und, ob Integrationsleistungen erbracht werden.

Die Integration der hier geborenen und aufgewachsenen Kinder von ausländischen Mitbürgern ist schließlich unser gemeinsames Ziel und gilt um so mehr, wenn man den ausländischen Kindern sagen will: „Ihr seid ohne Wenn und Aber ein willkommener Teil der deutschen Gesellschaft."

Parteiabzeichen, Ehrennadeln und Urkunden zur Mitgliederehrung

CDU-Parteiabzeichen – neu –

0232	Silber mit langer Nadel, Größe 5 mm	25 Expl.	23,00 DM

50 Jahre CDU-Mitgliedschaft – neu –

0237	Ehrenabzeichen in Gold, mit langer Nadel	10 Expl.	17,50 DM
0071	Urkunde DIN A3, mit Mappe	5 Expl.	30,– DM
0084	50 Jahre Medaille mit Acrylglasständer	1 Expl.	125,– DM

40 Jahre CDU-Mitgliedschaft – neu –

0235	Ehrenabzeichen in Silber, mit langer Nadel	10 Expl.	17,50 DM
0644	Urkunde DIN A3, ohne Mappe	10 Expl.	30,– DM
0517	Mappe für Ehrenurkunde DIN A3	10 Expl.	30,– DM

30 Jahre CDU-Mitgliedschaft

0245	Ehrenurkunde DIN A4, ohne Mappe	25 Expl.	19,– DM
0247	Mappe für Ehrenurkunde DIN A4	25 Expl.	24,– DM

25 Jahre CDU-Mitgliedschaft – neu –

0233	Ehrenabzeichen in Bronze, mit langer Nadel	10 Expl.	17,50 DM
0396	Ehrenurkunde DIN A4, ohne Mappe	25 Expl.	19,– DM
0247	Mappe für Ehrenurkunde DIN A4	25 Expl.	24,– DM

Neutrale Urkunden, ohne Jahresangabe

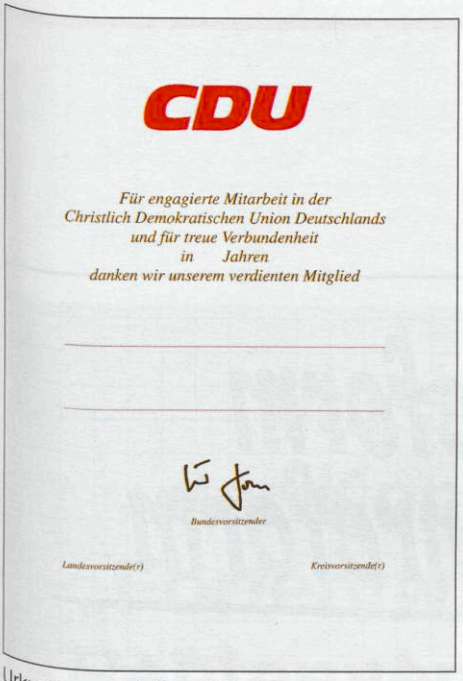
0397	Ehrenurkunde DIN A4, ohne Mappe	25 Expl.	19,– DM
0097	Ehrenurkunde DIN A4 (für Laserdrucker) wie vor, jedoch mit gedrucktem CDU-Zeichen und dünnerem Papier	25 Expl.	12,– DM
0247	Mappe für Ehrenurkunde DIN A4	25 Expl.	24,– DM

Für besondere Verdienste

0449	Ehrenurkunde DIN A3, ohne Mappe	10 Expl.	30,– DM
0517	Mappe für Ehrenurkunde DIN A3	10 Expl.	30,– DM

Ehrenurkunde der Frauen-Union – neu – (verfügbar ab Mitte Februar 97)

0242	Ehrenurkunde DIN A4 mit Mappe (speziell für Laserdrucker geeignet)	10 Expl.	14,40 DM



CDU

Für engagierte Mitarbeit in der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands
und für treue Verbundenheit
in Jahren
danken wir unserem verdienten Mitglied

Bundesvorsitzender

Landesvorsitzende(r) *Kreisvorsitzende(r)*

Urkunde neutral Bestell-Nr. 0097

Diese Urkunde

wurde speziell für den Einsatz mit Laserdruckern hergestellt.

Deshalb wurde das bei den übrigen Urkunden verwendete geprägte CDU-Zeichen durch ein gedrucktes CDU-Logo ersetzt und der normalerweise verwendete Urkundenkarton gegen Laserdruck-geeignetes Papier ausgetauscht.

Neu im Angebot

Parteiabzeichen Bestell-Nr. 0232

Alle Ehrennadeln werden einzeln verpackt im Etui geliefert.

Ehrenabzeichen für 25-, 40- und 50-jährige Mitgliedschaft

(*Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50,– DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von DM 5,– erhoben.)

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand* Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
Postfach 1164
33759 Versmold
Fax (0 54 23) 4 15 21

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand*

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

Das ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

UiD

3/1997

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,– DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.